

fällt. In den USA sind Unternehmer und Arbeiter in gleicher Weise darauf bedacht, immer mehr und immer billigere Waren zu erzeugen.

4. Als letzten Grund führt der Verfasser den Geist des freien Wettbewerbes an. Je mehr die Preise durch die Konkurrenz gedrückt werden, um so leichter erschließt sich ein neuer Käuferkreis, dem es bisher unmöglich war, die betreffenden Erzeugnisse zu erstehen. Wer sich in diesem Wettbewerb nicht immer wieder Gedanken macht, wie er den Markt erobern könne, geht unweigerlich zugrunde.

In diesen vier Punkten sieht der Verfasser die Hauptgründe für den augenblicklichen wirtschaftlichen Wohlstand der USA.

*Indonesiens Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland.* Indonesien, dieser junge, erst selbständig gewordene Staat, bedarf noch starker wirtschaftlicher Hilfe von außen. Auch Deutschland gehört zu den Wirtschaftspartnern des Landes. So wurde jetzt in Semarang ein Montagewerk für Telefunken-Radiogeräte eröffnet, das bis auf die Gehäuse alle Teile aus Deutschland bezieht. Unter Leitung eines deutschen Sachverständigen kann das Werk, das bereits das zweite dieser Art neben einem anderen in Djakarta ist, monatlich 1200 Geräte herstellen. Mit Ostdeutschland schloß Indonesien einen Handelsvertrag über den Austausch indonesischer Rohstoffe und deutscher Fertigwaren. Unter den deutschen Erzeugnissen, die für die Ausfuhr in Frage kommen, sind Büromaschinen, optische und andere Präzisionsinstrumente, Papier, Kraftfahrzeuge, Fahrräder, Rundfunkgeräte, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse und Baumaterialien. Indonesien wird dafür Gummi, Tee, Kopra, Zinn, Gewürze, Chinin, Kaffee, Zuckerrohr, Tabak, Holz, Tapioka, Kapok, pflanzliche Öle und Leder liefern. (Informationen aus Indonesien, Nr. II, 12, 1. Juli 1954)

*Deutsch-slavische Grenznachbarschaft.* Unter diesem Titel bringt die „Zeitwende“ (Juli 1954) einen bemerkenswerten Beitrag des bekannten Slavisten Prof. Dr. Hans Koch. Dieser nennt darin die Thesen und den Plan des Polen Zygmunt Laslowski zur Wiederherstellung des polnisch-deutschen Nachbarverhältnisses, die dieser Angehörige der jüngeren polnischen Generation in der Bayerischen Staatszeitung (27. Februar 1954) veröffentlichte, eine „Stimme der Vernunft“. Laslowskis Thesen lauten:

1. Deutschland hat einen eindeutigen Rechtsanspruch auf die deutschbesiedelten Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie (Ostpommern sowie der Großteil von Schlesien und Ostpreußen). Es ist eine propagandistische Verfälschung historischer Tatsachen, wenn die bezahlten Sprecher Moskaus heute in polnischer Sprache diese nordostdeutschen Gebiete als „wiedergewonnene Gebiete“ Polens bezeichnen wollen.

2. Deutschland bedarf dieser Nordostprovinzen ferner zur agrarischen Sicherung seiner Ernährung. — Andererseits sollten aber auch die Deutschen so ehrlich sein zuzugeben, daß Pommerellen und Oberschlesien größtenteils von Polen bewohnt waren.

3. Polen bedarf eines breiten, seiner Souveränität unterstehenden Zuganges zur Ostsee. Dieser Zugang muß die Schifffahrtsstraße der Weichsel umfassen.

4. Polen und Deutschland haben in gleicher Weise Anspruch auf das gemischt-völkische Industriegebiet Oberschlesiens.

5. Es liegt im Interesse Polens, die Schifffahrtsstraße der Oder unter erleichterten Bedingungen benützen zu können.

Daraus ergibt sich dann folgender Plan:

1. Der Großteil Schlesiens, Ostpommern sowie Pommerellen bis zur unteren Weichsel kommen wieder an Deutschland.



2. Um Polen einen gesicherten Zugang zur Ostsee zu schaffen, kommt das Gebiet zwischen der Memel und der unteren Weichsel an Polen.

3. Das oberschlesische Industriegebiet (mit Einschluß von Oderberg-Ostrau und Karwin) kommt kraft internationaler Regelung unter ein polnisch-deutscheschwechisches Kondominium.

4. Polen erhält freie Schifffahrt auf der Oder und eine Freihafenzone in Stettin.

5. Die Häfen im Mündungsgebiet der Weichsel werden von Polen und Deutschland zu gleichen Rechten benutzt.

6. Als Garantie- und Treuhändermacht für internationale Einrichtungen wird der Ostseeanlieger Schweden bestellt.

Deutschland und Polen mußten in den vergangenen 15 Jahren so viel bitteres Lehrgeld zahlen, daß beide nun hoffentlich einsehen, daß die deutsch-polnische Frage nicht durch einseitige nationalistische Grundsätze gelöst werden kann, die nur dem russischen Imperialismus in die Hände arbeiten.

*Ungarns Bauern und der Kommunismus.* 1944 wurde Ungarn von den kriegführenden Parteien den bolschewistischen Heeren ausgeliefert. Anders wäre der Kommunismus in Ungarn wohl nie an die Macht gekommen. Die neuen Machthaber gingen systematisch daran, das Bauerntum auszurotten. 75% der Ernte mußte abgeliefert werden, so daß den Bauern nicht nur kein Saatgetreide, sondern oft nicht einmal genügend Brotgetreide für ihre Familien blieb. Die Ablieferungspflicht beschränkte sich jedoch nicht auf das Getreide, sondern umfaßte sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Während der Staat beim Getreide einen Gewinn bis zu 500% einsteckte, gab er den Bauern derart wenig Geld, daß sie weder die teuren Industrieerzeugnisse kaufen noch die von Jahr zu Jahr ansteigenden Steuern bezahlen konnten. Unterstützt wurden nur die Kollektivgüter. So kam es, daß immer mehr Bauern ihren Hof verloren. Bis September 1953 waren 40% des Landes in Kollektivgüter umgewandelt worden. Das Ergebnis war eine ernste Ernährungskrise in diesem reinen Bauermland. Ende 1952 waren 787 000 ha fruchtbaren Landes nicht bebaut. Die Landflucht und der passive Widerstand der Bauern griffen immer weiter um sich. Das führte endlich zu einem Regierungswechsel. Auf Rakosi folgte Nagy, der am 4. Juli 1953 im Parlament erklärte, daß die Fehler der Vergangenheit wiedergutmacht werden sollten. Die Bauern sollten nicht weiter in Angst und Sorge leben. Jene, deren Land enteignet worden sei, könnten es zurückfordern. Von Oktober 1953 ab sollten alle Kollektivgüter, deren Belegschaft es wünschte, aufgelöst werden. Die Bauern blieben mißtrauisch. Sie wollten, daß man sofort mit der Auflösung der Kollektivgüter anfangen. Bauern, die dies forderten, wurden jedoch zu Gefängnisstrafen verurteilt. Einer erhielt fünf Jahre und verlor sein ganzes Eigentum. Darauf verschärfte sich der passive Widerstand der Bauern, und die Regierung sah sich zu einigen Zugeständnissen gezwungen, wodurch die Lage der Einzelbauern etwas erleichtert wurde: die tierärztliche Versorgung sollte in Zukunft frei sein, einige hundert Bauern wurden aus Straflagern entlassen, die Zwangsabgaben wurden um 10% herabgesetzt, in manchen Fällen wurde überhaupt keine Einkommensteuer erhoben. Noch größere Vergünstigungen erhielten jedoch die Arbeiter auf den Kollektivgütern, um sie zum Bleiben zu bewegen. Es half nicht viel. Im Oktober 1953 verließen 12—15% der Belegschaft die Kollektivgüter. Wie dieser stille, zähe Kampf zwischen dem freien Bauerntum und den Kommunisten ausgehen wird, ist noch nicht abzusehen. (Christian Democratic Review, Mai/Juni 1954, No. 3, vol IV, No. 64)

*Indochina.* Über den militärischen Entscheidungen in Indochina darf ein anderer wichtiger Vorgang nicht übersehen werden, die wirtschaftliche Umstellung des